

Inhaltsverzeichnis

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41

Entwurf der Tagesordnung	Seite	2
Entwurf des Zeitplanes	Seite	3
Geschäftsordnung des 9. Landesparteitages	Seiten	4 - 6
Arbeitsgremien des 9. Landesparteitages	Seiten	7 - 8
Entwurf des Leitantrages „Das Land verändern, die gemeinsame Linke schaffen“	Seiten	9 - 16

48 Entwurf
49

50 **Tagesordnung**

51 **der außerordentlichen 4. Tagung des 9. Landesparteitages der** 52 **Linkspartei.PDS Sachsen-Anhalt** 53 **am 13. Mai 2006 in Magdeburg** 54 55 56 57

- 58 1. Eröffnung des Landesparteitages
- 59
- 60 2. Beschlussfassung über Tagesordnung und Zeitplan
- 61
- 62 3. Rede des Landesvorsitzenden zur politischen Situation und zu den
- 63 nächsten Aufgaben des Landesverbandes nach den Landtagswahlen
- 64
- 65 4. Rede des Vorsitzenden der Fraktion der Linkspartei.PDS im Landtag von
- 66 Sachsen-Anhalt zu den Aufgaben der Landtagsfraktion in der
- 67 5. Legislatur
- 68
- 69 5. Aussprache
- 70
- 71 6. Rede des Wahlkampfleiters zur Umsetzung der Wahlstrategie im
- 72 Landesverband und Schlussfolgerungen für die nächsten Wahlkämpfe
- 73
- 74 7. Beschlussfassung über die Aufgaben des Landesverbandes
- 75
- 76 8. Schlusswort
- 77
78
79
80
81
82
83

**Die Linkspartei.PDS Sachsen-Anhalt
Landesvorstand**

Entwurf

Zeitplan

**der außerordentlichen 4. Tagung des 9. Landesparteitages der
Linkspartei.PDS Sachsen-Anhalt
am 13. Mai 2006 in Magdeburg**

- | | |
|-----------|--|
| 10.00 Uhr | Eröffnung des Landesparteitages |
| 10.05 Uhr | Beschlussfassung über |
| | - Tagesordnung |
| | - Zeitplan |
| 10.10 Uhr | Rede des Landesvorsitzenden zur politischen Situation und zu den
nächsten Aufgaben des Landesverbandes nach den Landtagswahlen |
| 10.40 Uhr | Rede des Vorsitzenden der Fraktion der Linkspartei.PDS im Landtag
von Sachsen-Anhalt zu den Aufgaben der Landtagsfraktion in der
5. Legislatur |
| 11.00 Uhr | Aussprache |
| 12.30 Uhr | Mittagessen |
| 13.30 Uhr | Rede des Wahlkampfleiters zur Umsetzung der Wahlstrategie im
Landesverband und Schlussfolgerungen für die nächsten Wahlkämpfe |
| 13.50 Uhr | Fortsetzung der Aussprache |
| 17.00 Uhr | Beschlussfassung über die Aufgaben des Landesverbandes |
| 18.00 Uhr | Schlusswort und Ende der 4. Tagung |

Geschäftsordnung
des 9. Landesparteitages
der Linkspartei.PDS Sachsen-Anhalt

(Beschluss der 1. Tagung des 9. Landesparteitages am 18. Juni 2005)

1. Der Landesparteitag wird durch das von ihm gewählte Arbeitspräsidium geleitet.
2. Alle gewählten Delegierten haben Beschlussrecht, sofern Statut oder Satzung nichts anderes bestimmen. Der Landesparteitag ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der gewählten Delegierten anwesend sind.
3. Der Ablauf des Landesparteitages erfolgt entsprechend der vom Landesparteitag beschlossenen Tagesordnung.
4. Die Wahl des Arbeitspräsidiums und der Kommissionen erfolgt quotiert in offener Abstimmung und getrennt voneinander. Vorschläge können in jeweils einer gemeinsamen Liste eingebracht werden. Wählbar sind alle gewählten Delegierten des Landesparteitages.
Der Landesparteitag kann zur Unterstützung der Wahlkommission weitere WahlhelferInnen bestätigen, die nicht Delegierte sind.
5. Wortmeldungen sind dem Arbeitspräsidium schriftlich einzureichen. Das Arbeitspräsidium hat das Recht, Gästen des Landesparteitages das Wort zu erteilen. Die Reihenfolge der RednerInnen wird innerhalb der beschlossenen Tagesordnung durch die Reihenfolge der Wortmeldungen und die Quotierung bestimmt. Die Redezeit für DiskussionsrednerInnen beträgt maximal 5 Minuten. Längere Redezeiten sind durch die AntragstellerInnen vor Beginn der Rede zu beantragen und durch den Landesparteitag zu bestätigen. Die Delegierten haben das Recht, Anfragen an die DiskussionsrednerInnen zu stellen. Das Arbeitspräsidium kann die Anzahl der Anfragen an DiskussionsrednerInnen begrenzen.
6. Anträge an den Landesparteitag, die nach Antragsschluss gestellt werden, sind schriftlich einzureichen und erfordern, wenn sie zur Beratung im Plenum kommen sollen, die Unterschrift von mindestens 10 Prozent der Delegierten.

Zur Begründung selbständiger Anträge erhalten zunächst die AntragstellerInnen das Wort, die Redezeitbegrenzung beträgt 5 Minuten. Es erhält jeweils ein/e Redner/in dafür und ein/e Redner/in dagegen das Wort, die Redezeitbegrenzung beträgt 2 Minuten.

Der Landesparteitag kann mit einer absoluten Mehrheit der Stimmen der anwesenden Delegierten eine Ausdehnung der Antragsdebatte beschließen.

7. Die Abstimmung über Anträge erfolgt im Komplex mit dem Bericht der Antrags- und Redaktionskommission, falls der Landesparteitag nichts anderes beschließt. Alle Anträge werden nummeriert.

Anträge an die Kommissionen des Landesparteitages können durch jeden Delegierten gestellt werden.

8. Anträge zur Geschäftsordnung können mündlich und außerhalb der Reihenfolge der eingereichten DiskussionsrednerInnen gestellt werden. Vor der Abstimmung darüber erhält ein/e Redner/in dafür und ein/e Redner/in dagegen das Wort. Die Redezeit beträgt für Antragsteller/in sowie Für- und Gegenredner/in jeweils maximal 2 Minuten. Bei laufender Abstimmung können Anträge zur Geschäftsordnung nicht gestellt werden.

9. Beschlüsse werden durch den Landesparteitag mit einfacher Stimmenmehrheit der anwesenden Delegierten gefasst, wenn kein anders lautender Antrag zum Abstimmungsverfahren gestellt wird und sofern Statut oder Satzung nichts anderes bestimmen.

Bei Stimmengleichheit gilt der Antrag als abgelehnt.

Die Abstimmung erfolgt durch Erheben der Delegiertenkarte.

10. Auf Antrag kann mit einfacher Mehrheit der Stimmen der delegierten Frauen ein Frauenplenum des Landesparteitages in offener Abstimmung einberufen werden. Beschlüsse des Frauenplenums haben Veto-Charakter, sie können nur mit Zwei-Drittel-Mehrheit aller Delegierten zurückgewiesen werden.

Das Frauenplenum ist Bestandteil der Verhandlungen des Landesparteitages, für die Tagungsmodalitäten macht das Arbeitspräsidium Vorschläge.

11. Persönliche Erklärungen der Delegierten können nach Beendigung des jeweiligen Tagesordnungspunktes gegeben werden. Die Redezeit beträgt maximal 2 Minuten.

12. Die Sitzungen des Landesparteitages sind öffentlich. Über die Durchführung geschlossener Sitzungen beschließt der Landesparteitag auf Antrag mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit der Stimmen der anwesenden Delegierten.

206
207
208
209
210
211
212
213
214
215
216
217
218
219
220
221
222
223
224
225
226
227
228
229
230
231
232
233
234
235
236
237
238
239
240
241
242
243
244
245
246

13. Grundlage für die Veröffentlichung ist das gesprochene Wort.
14. Funktelefone sind im Konferenzsaal auszuschalten.
15. Die Annahme der Geschäftsordnung erfolgt mit einfacher Stimmenmehrheit der anwesenden Delegierten. Änderungen der beschlossenen Geschäftsordnung sind mit Zwei-Drittel-Mehrheit der Stimmen der anwesenden Delegierten möglich.

Arbeitsgremien des 9. Landesparteitages

(Gewählt auf der 1. Tagung des 9. Landesparteitages am 18. Juni 2005)

247
248
249
250
251
252
253
254
255
256
257
258
259
260
261
262
263
264
265
266
267
268
269
270
271
272
273
274
275
276
277
278
279
280
281
282
283
284
285
286
287

Arbeitspräsidium

Heidemarie Ehlert	Dessau
Rosemarie Hein	Magdeburg
Katrin Kunert	Stendal
Jana Lankau	Bernburg
Ruth Rothe	Salzwedel
Annemarie Schuhart	Saalkreis
Gudrun Tiedge	Bördekreis
Petra Weiher	Köthen
Achim Bittrich	Halle
Hans-Werner Brüning	Magdeburg
Roland Claus	Halle
Klaus Czernitzki	Ohrekreis
Frank Hoffmann	Dessau
Matthias Höhn	Sangerhausen
Uwe Loos	Wittenberg
Stefan Müller	Mansfelder Land

Antragskommission

Sabine Dirlich	Schönebeck
Regina Frömert	Magdeburg
Sandra Heiß	Merseburg-Querfurt
Angelika Klein	Mansfelder Land
Henriette Quade	Halle
Anja Stiedenroth	Mansfelder Land
Iris Töpsch	Sangerhausen
Frank Baier	Halle
Detlef Eckert	Halberstadt
Frank Thiel	Burgenlandkreis

Mandatsprüfungskommission

Ada Ahrens	Quedlinburg
Monika Krüger	Halle
Renate Schur	Jerichower Land
Wolfram Altekrüger	AG Betrieb und Gewerkschaft
Friedrich Rabe	Bördekreis

288	Wahlkommission	
289	Monika Andrich	Dessau
290	Halina Anton	AG Bildungspolitik
291	Brigitte Böttcher	Wernigerode
292	Kora Brandner	Burgenlandkreis
293	Ines Daniel	Stendal
294	Anita Graf	Anhalt-Zerbst
295	Ute Haupt	Halle
296	Ilona Iffarth	Saalkreis
297	Heide Schüler	Ohrekreis
298	Kevin Amthor	Merseburg-Querfurt
299	Michael Finger	Merseburg-Querfurt
300	Günter Herder	Bitterfeld
301	Horst Karczmarczyk	Weißenfels
302	Hans-Jörg Krause	Salzwedel
303	Günter Rettig	Stendal
304		
305		
306		
307		
308		
309		
310		
311		
312		
313		
314		
315		
316		
317		
318		
319		
320		
321		
322		
323		
324		
325		
326		
327		
328		
329		

**Die Linkspartei.PDS Sachsen-Anhalt
Landesvorstand**

Entwurf

Leitantrag

**außerordentliche 4. Tagung des 9. Landesparteitages
der Linkspartei.PDS Sachsen-Anhalt
am 13. Mai 2006 in Magdeburg**

Das Land verändern, eine gemeinsame Linke schaffen

I.

Sachsen-Anhalt hat gewählt. Die Linkspartei.PDS hat bei dieser Landtagswahl ihr bestes Ergebnis seit 1990 erzielen und mit einer gestärkten Fraktion in den Landtag einziehen können. Der politische Grundstein dafür wurde zum einen mit der kontinuierlichen konzeptionellen Arbeit des Landesverbandes und der Landtagsfraktion, begonnen bei den Beschlüssen des Leunaer Parteitages 2004, über das Entwicklungskonzept des Fraktionsvorsitzenden Wulf Gallert „Sachsen-Anhalt 2020 – Innovation und soziale Gestaltung für ein zukunftsfähiges Sachsen-Anhalt“, bis hin zum Wahlprogramm unserer Partei zur Landtagswahl 2006, gelegt. Zum anderen resultiert der Erfolg aus dem strategischen Ansatz der Linkspartei.PDS, der auf eine programmatische Eigenständigkeit der Partei und dem damit verbundenen politischen Angebot einer Alternative für das Land an die WählerInnen baute.

Wesentliche Ziele sind erreicht worden:

- Die CDU/FDP-Koalition ist abgelöst. Eine Koalition der bisherigen Oppositionsparteien Linkspartei.PDS und SPD wäre zumindest rechnerisch möglich gewesen. Vor allem dies ist allein dem starken Zugewinn der Linkspartei.PDS zu verdanken.
- Der Einzug einer rechtsextremen Partei in den Landtag Sachsen-Anhalt konnte verhindert werden.

- 370 - Wir haben gegenüber den Wahlen 2002 deutlich zugelegt und den Abstand
371 zur SPD vergrößert.
372

373 **Natürlich ist auch die Linkspartei.PDS in der Pflicht, sich dem Problem der immer**
374 **geringer werdenden Wahlbeteiligung zu stellen**, allerdings ist dies ein Problem
375 des gesamten parteipolitischen Systems und betrifft alle demokratischen
376 Parteien. Die Ursachen sind vielfältig und bedürfen einer differenzierten Analyse.
377 Von besonderer Bedeutung scheinen uns folgende Problemfelder zu sein:

- 378
- 379 - ein allgemein schwindendes Zutrauen in die Politik und in die
380 PolitikerInnen insgesamt, die vorhandene Situation zu ändern und
381 Probleme für den so genannten „Kleinen Mann“ zu lösen,
 - 382 - keine für die WählerInnen erkennbaren Unterschiede zwischen den
383 Aussagen der meisten Parteien (Wahlversprechen) einerseits und der
384 Differenz zur wirklichen Umsetzung nach der Wahl andererseits,
 - 385 - ein spürbares Hinwegsetzen der Politik über die Forderungen und Wünsche
386 einer immer größer werdenden Bevölkerungsgruppe, was letztendlich
387 gefühlte wie erlebte Perspektivlosigkeit vermehrt und das Misstrauen auf
388 wirkliche Veränderung nährt, sowie
 - 389 - mangelnde Voraussetzungen zur aktiven Mitbestimmung der BürgerInnen
390 außerhalb von Wahlen.
- 391

392 Darüber hinaus müssen auch objektiv gegebene Kriterien in eine
393 Auseinandersetzung mit mangelnder Wahlbeteiligung einbezogen werden. So
394 führen geringer werdende Bevölkerungszahlen natürlich auch zu einem Rückgang
395 der Wahlberechtigten (1990 2.234.994 Wahlberechtigte in Sachsen-Anhalt, 2006
396 2.078.659 Wahlberechtigte).

397

398 **Der Grundansatz der Kampagne, themenorientiert und angeführt von einem**
399 **Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten mit einer politischen**
400 **Kernmannschaft sowie konzentriert auf die Erhöhung des Zweitstimmenanteils,**
401 **ist aufgegangen.**

402 Kritisch muss das nach wie vor hohe Maß an Unverbindlichkeit innerhalb des
403 Landesverbandes bewertet werden. Grundelemente und ihre Verzahnung wurden
404 trotz ausführlicher Diskussion im Vorfeld nicht flächendeckend umgesetzt.

405 Positiv hervorzuheben ist der erfolgreiche Abschluss der Spendenkampagne des
406 Landesverbandes. Gleichzeitig gilt unser Dank allen Mitgliedern und
407 SympathisantInnen, die mit ihrem engagierten Einsatz den Erfolg unserer Partei
408 bei den Landtagswahlen ermöglicht haben.

II.

In Auswertung des Wahlergebnisses hatte der Landesvorstand der Linkspartei.PDS der SPD Sondierungsgespräche über die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen angeboten. Die SPD hat dieses Angebot ohne jede landespolitisch-inhaltliche Begründung ausgeschlagen und dafür gesorgt, weiterhin die CDU zur bestimmenden politischen Kraft in Sachsen-Anhalt zu machen. **Die Linkspartei.PDS ist damit die Oppositionsführerin im Land und wird diese Rolle mit ganzer Kraft annehmen. Dennoch bleibt unser strategisches Ziel, bei zukünftigen Wahlen die strukturelle Mehrheit der WählerInnen links von CDU und FDP politisch und parlamentarisch handlungsfähig zu machen.**

CDU und SPD ist mit dem Koalitionsvertrag nicht der große Wurf gelungen. Es bleibt bei einem "Weiter So!". Die von beiden gefundenen Antworten auf die Probleme Sachsen-Anhalts lösen den Gordischen Knoten nicht, in dem Sachsen-Anhalt gefangen ist:

Sachsen-Anhalt ist von einer selbst tragenden wirtschaftlichen Entwicklung, die den BürgerInnen des Landes existenzsichernde Arbeit bietet, weit entfernt. Die Arbeitslosigkeit hat sich auf einem unakzeptablen hohen Niveau eingeepegelt. Mehr und mehr Menschen werden zu Hartz IV-EmpfängerInnen. Das zum Teil spürbare Wachstum in einigen Bereichen der Wirtschaft vermag diese Tendenz nicht aufzuhalten. **Es wird unübersehbar deutlich, dass alleiniges Setzen der Politik auf eine klassische Wachstumspolitik des vergangenen Jahrhunderts den Veränderungen in der Arbeitswelt hin zur wissensbasierten Gesellschaft in keiner Weise gerecht wird.**

Die Große Koalition im Bund und die Koalition in Sachsen-Anhalt gehen einen Weg, der für den Rückzug des Staates aus seiner sozialen Verantwortung und die undifferenzierte Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge steht.

Wir wissen, dass Veränderungen notwendig sind. Die zunehmende Globalisierung, die Entwicklung der Produktivkräfte aber auch der demographische Wandel verlangen neue Antworten. Aber diese Antworten müssen gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes gefunden werden. Mit konventionellen Mitteln der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik, wie sie auch in der Koalitionsvereinbarung von CDU und SPD formuliert sind, wird sich die Lage nicht bessern.

Die Linkspartei.PDS bleibt bei ihrer Forderung, alle Aufwendungen für 1-Euro-Jobs, die Kosten für Unterkunft und das Arbeitslosengeld II zusammenzulegen und auf dieser Basis sozialversicherungspflichtige und existenzsichernde Arbeitsplätze zu schaffen. Mindestlöhne müssen endlich ebenso her, wie ein

öffentlicher Beschäftigungssektor, der den Namen auch verdient. Die Linkspartei.PDS Sachsen-Anhalt wird in der Kampagne für einen gesetzlichen Mindestlohn eng mit den Akteuren der gewerkschaftlichen Mindestlohnkampagne zusammen arbeiten und sucht weitere PartnerInnen. Gemeinsam wollen wir erreichen, dass auch in Deutschland Löhne sichergestellt werden, die ein Leben in Würde ermöglichen.

Die Linkspartei.PDS spricht sich auch angesichts sinkender Fördermittel und überdurchschnittlichem Bevölkerungsverlust für eine Perspektive für die ländlichen Räume aus. Ländliche Räume dürfen nicht abgekoppelt werden, Förderung darf nicht nur in „Leuchttürme“ fließen. Wir gehen davon aus, dass die Landwirtschaft auf lange Sicht eine tragende wirtschaftliche Säule sein muss, wenn auch die Zukunft der ländlichen Räume von einer multisektoralen ländlichen Wirtschaft geprägt werden sollte. Ein Schwerpunkt dabei könnten und sollten regenerative Energien sein. Da ist die Politik gefordert. Nur mit überwiegend privatem Engagement, wie die Koalitionsfraktionen dies wollen, wird das nicht möglich sein. Die Linkspartei.PDS hat hier Konzepte vorgelegt, deren Umsetzung Menschen in den ländlichen Räumen Arbeit und damit Zukunft ermöglichen würden.

Bildung ist Zukunft – Zukunft ist Bildung

Alle Menschen brauchen die Möglichkeit, ihren Weg in die wissensbasierte Gesellschaft zu gehen. Das gegliederte Bildungssystem steht dem entgegen. Es ist nicht sozial gerecht, wenn Kinder, deren Eltern arbeitslos und/oder ohne hohes Einkommen sind, kaum noch Chancen haben, in dieser Gesellschaft zu bestehen. Wir wollen sozial gerechtere Bedingungen. Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein. Deshalb haben für uns Ausgaben für Bildung, angefangen von den Kindertagesstätten über die Schule und die Berufsschule und dem Studium bis hin zu der Möglichkeit des lebenslangen Lernens im Landeshaushalt oberste Priorität.

Wir bleiben bei unserer Forderung nach der Gewährleistung des Anspruchs auf Ganztagsbetreuung für alle Kinder unabhängig vom Elternhaus.

Wir werden unser Konzept „Schule für alle Kinder“ als Gesetzentwurf einbringen und uns aktiv in dem von der Koalition geplanten Bildungskonvent engagieren. Wir treten für ein Bündnis für Erziehung mit allen Kräften ein, die an der Zukunft der Kinder und damit der Gesellschaft interessiert sind. Ein Bündnis nur mit den beiden großen Kirchen ist aus unserer Sicht ein ausgrenzendes Bündnis und wird den Erfordernissen somit nicht gerecht.

Auch angesichts der Tatsache, dass im kommenden Jahr zwei Schülerjahrgänge das Abitur ablegen, ist die nachhaltige Entwicklung der Hochschullandschaft in Sachsen-Anhalt zu sichern. Die Budgetkürzungen im Hochschulbereich müssen bei gleichzeitiger Neuverhandlung der Zielvereinbarungen rückgängig gemacht werden. Darüber hinaus bleibt für uns die Forderung nach einem Länderfinanzausgleich im Bildungsbereich auf der Tagesordnung.

Familie ist Vielfalt und Gleichberechtigung

Familie ist gewollt – von Frauen und Männern, von Jungen und Mädchen, von den Alten wie von den Jungen. Die Vorstellungen und Ideale vom Zusammenleben sind verschieden und doch gleichwertig. Aber vor allem das Leben mit Kindern verdient Respekt und Förderung. Die Linkspartei.PDS sieht dafür Handlungsbedarf im Land.

Familienpolitik findet vor Ort statt. Kommunale oder regionale Familienpässe sollen auch Eltern mit geringeren Einkommen und ihren Kindern in ganz Sachsen-Anhalt die Möglichkeit einräumen, Museen, Bibliotheken, Schwimmbädern, Kurse an der Volkshochschule besuchen zu können und ihnen die dafür notwendige Mobilität zu ermöglichen. Lebenspraktische Hilfe und kulturelle Bildung wären besser vereinbar.

Denn: Bildung macht stark und eröffnet Kindern und Jugendlichen die Chance, dem Kreislauf von Armut und Krisen zu entkommen.

Moderne linke Sozialpolitik ist ein Gewinn für alle, wenn es ihr gelingt, einen belastbaren sozialen Zusammenhalt in der modernisierten Gesellschaft zu schmieden. Der Umbau der Sozialsysteme von nachsorgenden zu vorsorgenden Strukturen, Leistungen und Angeboten ist notwendig. Uns geht es auf der einen Seite um ein verlässliches Netzwerk von Hilfs- und Beratungsangeboten und auf der anderen Seite um die Stärkung der Selbsthilfe und des bürgerschaftlichen Engagements.

Die sozialen Beratungsstellen brauchen eine berechenbare Zukunft. Mit der Einführung einer kommunalen Sozialpauschale schlägt die Linkspartei.PDS erneut vor, die Mittel zu pauschalisieren und zweckgebunden an die Kommunen zu geben. Nur so kann sich die notwendige Beratung am tatsächlichen Bedarf in den Landkreisen orientieren, Synergieeffekte wären möglich. Und es könnten sich deutlich mehr integrierte Beratungsstellen entwickeln, die den Familien im weitesten Sinne zur Seite stehen.

Auch die Angebote der Sozialhilfe für Menschen mit Behinderungen gehören in die Verantwortung starker Kommunen, bürgernah, effizient und vernetzt.

Zukunft braucht Demokratie

Teilhabe an der Gesellschaft ist eine soziale Frage. Teilhabe an der Gesellschaft benötigt aber genauso stabile demokratische Strukturen und umfangreiche Bürgerrechte.

Wichtige gesellschaftliche Debatten wie z.B. die um die europäische Verfassung werden in der Bundesrepublik ohne die BürgerInnen geführt. Auch in die Diskussion um die nun von der Großen Koalition geplante Föderalismusreform sind die BürgerInnen nicht einbezogen. Selbst die Landesparlamente haben nur marginales Mitspracherecht und das obwohl die geplanten Grundgesetzänderungen sehr weit reichend sind und die im Grundgesetz angestrebte Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse letztlich zur Farce machen.

Die Linkspartei.PDS lehnt eine Übertragung des Beamtendienstrechts in Landesrecht ebenso ab wie die Übertragung des Strafvollzugs in Landeshoheit. Die Folge wäre lediglich eine weitere Zementierung der Kleinstaaterei. Im Bildungsbereich sehen wir die Probleme nicht zuerst in einer strikten Zentralisierung oder Dezentralisierung - es geht uns um bundeseinheitliche Bildungsstandards.

Die jüngsten rechtsextremen Übergriffe haben gezeigt, dass Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus allgegenwärtig in der bundesdeutschen Gesellschaft sind.

Zivilgesellschaftliches Engagement bedarf der gezielten Unterstützung. Die Linkspartei.PDS fordert die Landesregierung auf, bis Ende Mai 2006 einen konkreten Plan zur Bekämpfung von Rechtsextremismus in jeglicher Erscheinungsform vorzulegen. Die Landtagsfraktion der Linkspartei.PDS wird sich mit eigenen Vorschlägen in die Diskussion einbringen. Das „Netzwerk für Demokratie und Toleranz“ bedarf der Unterstützung, um seine Aktionsmöglichkeiten endlich entfalten zu können.

Projekte und Initiativen wie die Mobilen Beratungsteams oder die Opferberatungsstellen und auch der Verein „Miteinander e.V.“ brauchen eine Perspektive. Die Linkspartei.PDS wendet sich gegen die geplante Einstellung der Finanzierung von Bundesprogrammen gegen Rechts. Wir halten die Arbeit dieser Projekte für unverzichtbar und erwarten, dass die Bundesregierung wie auch die Landesregierung auch künftig die entsprechenden Finanzmittel zur Verfügung stellen.

Wir setzen uns nachdrücklich dafür ein, dass die Stiftung Gedenkstätten des Landes Sachsen-Anhalts schnell mit Leben gefüllt wird und insbesondere die Arbeit an und in der Gedenkstätte Lichtenburg finanziell gesichert ist.

III.

Im Sommer 2005 haben sich Die Linkspartei.PDS und die WASG entschieden, einen gemeinsamen Weg einzuschlagen. Ziel ist und bleibt eine neue Linke, die mehr ist als die bloße Summe aus Linkspartei.PDS und WASG. In diesem Prozess wollen wir darüber hinaus Menschen gewinnen, die an einer gesamtdeutschen demokratischen Linken interessiert und gewillt sind, sich in ihr aktiv zu engagieren.

Notwendig dafür ist die weitere politische und kulturelle Öffnung unserer Partei. Die bisher entwickelten Konzepte und Leitbilder zur Parteireform (Landesparteitage 2004 und 2005) müssen wieder stärker in die Diskussionen und Entscheidungen einbezogen werden. Eine neue Linke braucht ein neues kulturelles Selbstverständnis ebenso wie effektive Arbeits- und Kommunikationsmöglichkeiten.

Der Landesvorstand wird darüber im Juli 2006 auf einer gemeinsamen Klausur mit den RegionalmitarbeiterInnen und den Kreisvorsitzenden diskutieren. Gleichzeitig steht vor uns die Aufgabe, politisch die Bildung der neuen Kreisverbände und die kommenden Wahlen vorzubereiten. Bis zum Septemberparteitag 2006 wird der Landesvorstand dazu gemeinsam mit den Kreisverbänden die konkreten Schritte beraten. Durch die Landes- und die Regionalgeschäftsstellen wird der Prozess der Bildung der neuen Kreisverbände unter Einbeziehung der Erfahrungen des Regionalverbandes Harz organisatorisch und technisch unterstützt.

Die Linkspartei.PDS hat in den Prozess einer gesamtdeutschen neuen Linken aber auch programmatische und strategische Erfahrungen und Vorstellungen einzubringen. Der Landesverband wird ausgehend von den vorgelegten „Programmatischen Eckpunkten auf dem Weg zu einer neuen Linkspartei in Deutschland“ die Diskussion darüber intensivieren und mit eigenen Foren und Beiträgen in geeigneter Form begleiten.

Ausgangspunkt für die programmatische Debatte sind für uns das Programm der Linkspartei.PDS (2003) und der beschlossene strategische Grundansatz unserer Partei (2004).

Wir wollen mit dem Parteibildungsprozess unsere Identität erweitern, aber nicht aufgeben. **Wir sind als Linkspartei.PDS geprägt vom Gründungskonsens unserer Partei aus dem Jahre 1989. Inhalt dieses Gründungskonsens war der unwiderrufliche Bruch mit dem Stalinismus und dem Poststalinismus. Sozialismus ohne Freiheit und Demokratie ist für uns als demokratische SozialistInnen nicht vorstellbar.**

614 „Freiheit ist der Bezugspunkt sozialistischer Politik. Gleichheit ist für diese Politik
615 das Maß der Teilhabe an grundlegenden Freiheitsgütern. Freiheit ist für uns die
616 Möglichkeit, das eigene Leben und die Gesellschaft – selbst und gemeinsam mit
617 anderen – zu gestalten. Gleichheit ohne Freiheit ist Unterdrückung. Freiheit,
618 Gleichheit und Solidarität bilden den Inhalt von Gerechtigkeit. Gerechtigkeit
619 verlangt, dass die grundlegenden Freiheiten, die soziale Gruppen für sich in
620 Anspruch nehmen, zu Freiheiten aller werden können. Freiheit ist nicht als
621 egoistisches Haben, sondern als solidarisches Tun zu erreichen. So definieren wir
622 die sozialistischen Werte, auf die wir uns in unseren Programmen von 1990 und
623 1993 geeinigt hatten. Wir legen sie unserer Politik zugrunde.“¹

624 Dies ist unsere Identität. Dies bringen wir in den Parteibildungsprozess ein. Es
625 bleibt unser Grundverständnis demokratisch-sozialistischer Politik. Jüngsten
626 Bestrebungen, den Gründungskonsens der PDS infrage zu stellen und
627 umzudeuten, treten wir entschieden entgegen.

628
629 **Linke Politik muss langfristige Ziele, Protest und Widerstand gegen aktuellen**
630 **Freiheits- und Sozialabbau sowie die Bereitschaft zur aktiven Mitgestaltung auf**
631 **allen Ebenen der parlamentarischen und exekutiven Arbeit miteinander**
632 **verbinden.** Die BürgerInnen erwarten von uns umsetzbare Antworten auf ihre
633 aktuellen Ängste und Sorgen und langfristige Perspektiven gleichermaßen.
634 Erfolgreiche linke Politik speist sich aus der Gemeinsamkeit dieser Elemente.
635 Auch aus unseren eigenen Erfahrungen der Zeit der Tolerierung 1994 bis 2002 gilt
636 unsere Unterstützung den GenossInnen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern.
637 Viel ist in beiden Ländern im Sinne einer sozial gerechteren und nachhaltigeren
638 Politik erreicht worden. Konzeptionelle Defizite, die für uns in Sachsen-Anhalt als
639 Tolerierungspartnerin ebenso spürbar waren wie für die jetzt in
640 Regierungsverantwortung befindlichen Landesverbände, sind Defizite der
641 gesamten Partei. Sie verpflichten uns, gemeinsam noch intensiver um
642 Lösungsansätze zu ringen.

643
644 Der gemeinsame Weg von Linkspartei.PDS und WASG steckt voller Chancen für
645 eine demokratische Linke in Ost und West. Die Bundesparteitage beider Parteien
646 Ende April 2006 waren ein wichtiger Schritt im Prozess der Parteineubildung. Wir
647 laden alle Mitglieder der WASG Sachsen-Anhalt, die mit uns diesen Weg gehen
648 wollen, ausdrücklich ein, dies auch zu tun.

649
650 **Über vier Millionen WählerInnen bei der Bundestagswahl und über 200.000 bei**
651 **der Landtagswahl haben uns einen Auftrag gegeben. Wir werden sie nicht**
652 **enttäuschen.**

¹ Programm der PDS, beschlossen am 26. Oktober 2003 in Chemnitz